

Kassauischer Anzeiger

Verzugspreis: bei sämtlichen Postanstalten monatlich 200 A. Bei freier Bestellung ins Haus tritt die Postgebühr hinzu. Erscheint 3mal wöchentlich Dienstags, Donnerstags, Samstags. Redaktion: Paul Jorisch in Biedrich.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden
Kassauisches Tagblatt. — Kassauische Zeitung. — Kassauischer Generalanzeiger. — Kassauische Neuzeit Nachrichten.
Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Anzeigenpreis: für die 8spalt. Colonelzelle oder deren Raum 50 A. Reklamezeile 200 A. Redaktion und Expedition: Biedrich a. Rh., Rathausstraße 15. Telefon Nr. 41. Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmannsche Buchdruckerei, Biedrich.

Amstliches Verbindungsblatt für die Städte und die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Bredenheim, Deilheim, Diebenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erdenheim, Flörsheim, Frauenstein, Georgendorn, Hefloch, Jgstadt, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordensfeld, Rumbach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weißbach, Wicker, Wildschaden.

Erscheint auch unter dem Titel: „Hochheimer Stadtanzeiger“, amtliches Organ der Stadt Hochheim am Main.

Nr. 95

Donnerstag, den 12. August 1920.

Postamt
Frankfurt (Main) Nr. 10114

20. Jahrgang

Amstlicher Teil.

Nr. 272.

Bekanntmachung.

Aus den Mühlenüberwachungsberichten der Beamten der Reichsgetreidekasse geht hervor, daß in verschiedenen Kreisen des Bezirkes den Selbstverforgern die freie Mühlenwahl eingeräumt worden ist. Ich weise darauf hin, daß nach § 64 der R. G. O. jeder Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes von dem Kommunalverband der Betrieb angemessen wird, in welchem er Brotgetreide und Gerste verarbeiten lassen darf, und daß ein Befehl des Betriebes nur mit vorheriger Zustimmung des Kommunalverbandes zulässig ist.

Ich ersuche dringend, darauf zu achten, daß im neuen Wirtschaftsjahre diese Bestimmung genau innegehalten wird.

Ueber das evtl. Veranlaßte ist mir umgehend Bericht zu erstatten.

Wiesbaden, den 4. August 1920.

Der Regierungspräsident.
J. A. Welter.

Wird hiermit veröffentlicht.

Die Magistrate und Gemeindevorstände ersuche ich in der Gemeinde sofort die Verordnung wiederholt bekannt zu geben und auf deren Durchführung streng zu achten.

Wiesbaden, den 6. August 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
J. A. Scheffler,
Kreisdeputierter.

Nr. II. Kornst. 2911.

Nr. 273.

Die Geschäfte des Standesbeamten zu Bredenheim sind dem Beigeordneten Peter Riß dalebst übertragen worden.

Wiesbaden, den 20. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
J. A. Scheffler,
Kreisdeputierter.

Nr. 274.

Der Gerichtsmann Friedrich Pfugfelder in Georgendorn ist zum Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers in Georgendorn ernannt worden.

Wiesbaden, den 10. August 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
J. A. Scheffler,
Kreisdeputierter.

Nr. 275.

Bekanntmachung.

Betr. Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Wiesbaden.

Nachdem das Erkranken der Maul- und Klauenseuche in Wiesbaden amtlich festgestellt worden ist, und die vorgeschriebene Desinfektion erfolgt ist, werden die verhängten Sperrmaßnahmen wieder aufgehoben.

Groß-Berau, den 28. Juli 1920.

Kreisamt Groß-Berau.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

My Berlin, 10. August. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, sind in England Bestrebungen im Gange, die auf eine Freigabe der im Kriege beschlagnahmten Privatguthaben der normaligen Feinde hinführen. Es handelt sich dabei nicht etwa um ein Entgegenkommen gegenüber Deutschland und seinen früheren Verbündeten, sondern um ein ganz anderes Rechenexempel: London war vor dem Kriege die Hinterlegungsstelle für Wertpapiere für die ganze Welt. Die englische Regierung befürchtet nun, daß die Konfiskationen die Kapitalisten aller Länder veranlassen werden, ihre Wertpapiere zukünftig an einer Stelle niederzulegen, wo sie vor den Folgen von Kriegsverwicklungen sicher sind und daß London dadurch seine Stellung als Zentrale des internationalen Geldmarktes verlieren würde.

My Berlin, 9. August. Heute vormittag 11 Uhr traten im Reichswehrministerium erstmalig die neu gewählten Mitglieder der Heereskammer zusammen. Reichswehrminister Dr. Gieseler begrüßte die Mitglieder der Kammer warm und wies auf die Schwierigkeiten hin, unter denen die Wehrmacht zu arbeiten haben wird, die aber durch treues Zusammenstehen aller Angehörigen der Wehrmacht untereinander und mit der Bevölkerung überwunden werden müssen. Ende August oder Anfang September wird sich die Heereskammer mit dem Entwurf zum Reichswehrgesetz zu beschäftigen haben.

Rußland und Polen.

Aus Warschau erhält der „Corriere della Sera“ eine anschauliche Schilderung über den Verzweiflungskampf der Polen. Danach war nach dem Aufbruch der Regierung an das Volk zum Verteidigungskampf bis aufs Messer das Kommando alle Reserven in die Schlacht. In aller Eile zusammengetrommelte Verbände ohne irgendwelche Absichten und blutige Rekruten zogen singend in die Schlacht. Ein Gang an die Front genügt, um sich von der Loderung der Ver-

bände zu überzeugen. Man sieht Männer auf offener Straße vor Erschöpfung zusammenbrechen. Den kämpfenden Soldaten haben sich auch Frauen, Knaben und Greise, mit Stöcken, Eisen und Steinen bewaffnet, angeschlossen. Die Schlacht hat den Höhepunkt der Krise erreicht. Einige frisch geordnete Divisionen würden genügen, um sie zugunsten der Polen zu entscheiden. Auch der Gegner gibt trotz seiner zahlenmäßigen Überlegenheit Zeichen von Schwäche und Uebermüdung von sich.

My London, 10. August. „Evening Standard“ erfährt von zuverlässiger Seite, es bestünde jeder Grund für die Annahme, daß Lenin und seine Kollegen sich in den Händen der Führer der Roten Armee befinden, die zum Teil aus ehemaligen zaristischen Offizieren bestehe und in ihrem Siegesrausch entschlossen seien, Warschau zu erobern.

Deutschlands Neutralität.

In Köln bezeichnete der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Solmann die ausländischen Pressemeldungen, daß zwischen Deutschland und der russischen Räteregierung ein Scheinabkommen getroffen sei, auch als Schwindel. Alle jene, die in Deutschland einem Zusammengehen Deutschlands und Russlands das Wort redeten, erwiesen beiden Staaten einen schlichten Dienst. Durch Verletzung der deutschen Neutralität würde Deutschland zum Kriegsschauplatz, und die Zerstückung der deutschen Einheit würde gefördert werden. Deutschlands Arbeiterschaft werde die Neutralität bis zum äußersten wahren.

Die Verhandlungen in Hythe.

My Paris, 9. August. Nach einer Havas-Meldung aus Hythe konferierte Millerand mit Lloyd George heute vormittag von 11 bis 2 Uhr. Die Verhandlungen werden heute nachmittag fortgesetzt. Die Marschälle Hoch und Wilson und der Admiral Beatty wohnten der Verhandlung bei. Sie war der Prüfung der Aufstellung von Maßnahmen gewidmet, die von den Alliierten gegen Sowjetrußland ergriffen werden könnten. Unter diesen Maßnahmen befinden sich auch die Blockade und die Konstituierung einer Defensiv-Front in Verbindung mit den Randstaaten Russlands, Estland, Lettland und Finnland usw. Die Frage sei nur, ob ein von englischer Seite ausgehender Wunsch, die Aktion von der Bedingung abhängig zu machen, daß Polen die Bedingungen Russlands nicht annehmen könne, zur Durchführung gelangt. Ferner wurde die Frage erörtert, ob die Anwesenheit Poincarés und Krassins bei der Haltung der Rostocker Regierung noch zugänglich sei. In offiziellen Kreisen glaubt man, Russlands Handelsvertreter seien mit ganz bestimmten Bedingungen nach London gekommen, und die wirtschaftliche Mission könne nicht verantwortlich gemacht werden für die Haltung ihrer Regierung in politischen Fragen. Ihre Ausweisung könne nur dann genügend autorisiert werden, wenn sie die persönlich übernommenen Verpflichtungen nicht einhielten. Dies sei aber nicht der Fall. Von französischer Seite wird noch isogischer Weise bemerkt, wenn die Entzente die Blockade Russlands beschleße, hätten die Handelsvertreter dieses Staates in London nichts mehr zu tun. Aber man könne nicht zu Zwangsmahnahmen gegen eine Regierung schreiten, deren Delegierte gleichzeitig in freundschaftlicher Absicht in England als Gäste weilten. Man hofft, daß man diesen Nachmittag die abweichenden Gesichtspunkte klären könne. Millerand wird heute abend 8 Uhr von Holtstone nach Paris abreisen. Lloyd George will bereits heute abend in London eintreffen.

Der frühere Reichswehrminister Koske

ist unter die Memoirenschreiber gegangen. Er hat ein Buch „Von Kiel bis Kapp“ (Verlag für Politik und Wissenschaft) herausgegeben und schließt seine Aufzeichnungen in Anknüpfung an ein Intermezzo im Automobil, in dem er neben einer Handgranate gefessen hatte, mit der Bemerkung, er habe während der ganzen mühsamen anderthalb Jahre langen Fahrt von Kiel bis Kapp wie auf einer Granate gefessen, die jeden Augenblick hätte losgehen können. Diese Anspielung auf die Gefährlichkeit seiner Stellung ist wohl treffend und charakterisiert nicht nur Koskes Stellung, sondern zugleich die ganze Lage des neuen republikanischen Deutschland bis zur Kappzeit. Das Buch wird Aufsehen erregen. Es ist zweifelslos eine der wertvollsten Beiträge, die bisher zur Geschichte der deutschen Revolution geliefert worden sind. Koske schreibt frisch drauf los, und so fällt auf jeder Seite des Buches ein Schiefer nach dem anderen von dem Bilde der Novembertage. Koske berichtet über den 17. November, den Tag, an dem er der Abfahrt der an England auszuführenden Schlachtschiffe zuzug: „Ein beträchtlicher Teil deutschen Nationalermögens schwamm auf Rimmerwiedersehen der englischen Küste zu. Von der Mannschalt waren sich viele sichtlich der tiefen nationalen Schmach, die mit dieser Fahrt verbunden war, nicht bewußt. Es wurde gehöhlt und geulkt. Als aber von einem Schiffe eine lustige Weise ertönte, da spukte ich voller Ekel aus, stieg in die Rinne und ließ mich weit aufs Meer hinausfahren.“ Was Koske des weiteren über die Zustände in der revolutionären Marine berichtet, besonders unter den Kapitänen: Saurer, Wachen, für die letzte Fahrt, Brämienjäger, Nationale Belumpung, ist einfach haarsträubend.

Nachdem der Verfasser seine Kieler Gouver-

neurszeit geschildert hat, geht er in dem Abschnitt Das Verlagen Berlins zur Beleuchtung der Lage in Berlin über und findet zur Charakterisierung dessen, was nach der Revolution geleistet oder vielmehr nicht geleistet worden ist, die Worte: „Und was geschah? Statt alle Kräfte des Volkes zusammenzufassen, begann eine wahnwitzige Selbstzerfleischung, die noch immer nicht ihr Ende erreicht hat. Marx hat uns gelehrt, das politische Verhalten der Völker werde in der Hauptsache von ihren materiellen Interessen oder Zielen bestimmt. Wie oft leider politische Bestrebungen durch persönliche Interessen, Empfindlichkeit, Streberei, Herrschsucht, Lust am Ruhm und Herostatentum bestimmt werden, habe ich an genug Einzelfällen studieren können.“

Die Räteregierung wird gekennzeichnet: „Im Reiche sollten die Arbeiter- und Soldatenräte alle Gewalt in der Hand behalten. Das bedeutet die Uebertragung des russischen Bolschewismus auf Deutschland. Die Wirkung der Räteregierung mußte also in Deutschland unendlich verheerender sein, als sie in Rußland absehbar genug in Erscheinung getreten war.“ Seine Erfahrungen mit den sozialistischen Volkemehren führt er in den Satz zusammen: „Es hat sich gezeigt, daß gegen bewaffnete Scharen nur mit einer disziplinierten Truppe etwas auszurichten ist.“ Diese Ueberzeugung hat Koske offenbar bei allen seinen Maßnahmen zur Schaffung einer Reichswehr geleitet. Die Verdienste dieses Mannes um die Reichswehr sind groß und von allen Deutschen, die nicht alles durch die Parteilichkeit betrachten, anerkannt worden. Koske erkennt die Arbeit derer, die ihm geholfen haben, an, bekennt Verständnis für die Denkart Andersmeinender und hält sich in der Polemik gegen solche, welche ihm geschadet haben, im allgemeinen in den gegebenen Grenzen. Gegen Ludendorff allerdings fällt ein scharfer Hieb; Koske wirt ihm vor, daß er die Reichswehr aufgepuffert und den Reichswehrministern öffentlich angegriffen habe.

Was Koske über den Flaggenwechsel sagt, kennzeichnet den offenen Charakter des Mannes; er schreibt: „Bei bösem Blut hat der Wechsel in den Reichsorden gemacht, gegen den ich mich nachdrücklich ausgesprochen hatte. Im Januar und in den folgenden Monaten war man heilfroh, daß die Soldaten sich als regierungstreue Truppen mit schwarz-weiß-roten Bändern kenntlich machten. Dann sollte ich mit einem Male die alten Farben in den Bann tun!“ (S. 2.)

Wilhelm II. und der Jar.

Der Wiener Militärhistoriker Major Emil Seliger teilt im „Neuen Wiener Journal“ ein Tischgespräch mit, das er am 10. Februar 1916 mit dem deutschen Botschafter in Wien, Herrn von Tschirschky, hatte. Tschirschky sprach sich dem Major Seliger gegenüber über die Leistungen Deutschlands im Kriege zur Unterfütterung seiner Bundesgenossen schonungslos aus. „Ich fürchte, mein armes Vaterland hat sich zu viel auf die Schulter gebürdet. Wissen Sie beispielsweise, daß wir seit Kriegbeginn Monat für Monat der österreichisch-ungarischen Monarchie zweihundert Millionen Mark in Gold beisteuern? Und was bedingt erst das technisch ganz ungerüstete Bulgarien und die völlig nackt in den Krieg getretene Türkei?“ Tschirschky machte dann noch die Bemerkung, daß Deutschland sich den Nag an der Sonne, statt durch den Tod von Hunderttausenden seiner Söhne, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, hätte erkaufen können. Ohne den geringsten Grund zur Feindschaft mußte es Oesterreich-Ungarn wegen in den Krieg mit Italien ziehen. Und in noch höherem Maße gelte dies von Rußland. Auf eine vermurdelte Gegenfrage erklärte Tschirschky, daß kein anderer europäischer Herrscher so falsch beurteilt würde, wie Jar Nikolaus II. Er war stets ein aufrichtiger Freund Wilhelms II. Als Poincaré im Frühjahr 1914 in Reval war, schickte der Jar die Warnung nach Berlin, man solle den antiserbischen Kurs am Wiener Ballhofplatz bremsen, da er sonst neue Kriege führen würde. Und selbst, als das serbische Ultimatum schon so gut wie hinfällig war, schickte der Jar noch in zwölfter Stunde einen Sondergesandten in geheimfrier Mission nach Berlin. Es war kein anderer als Graf Witte, der damals schon erheblich erkrankt, sein Integrität selbst vor den feinsten Spürnasen zu wahren wußte.

Der Inhalt der Botschaft Wittes war, daß es gegen den Vernichtungskrieg unter den Großmächten nur ein vorbeugendes Radikalmittel gebe, nämlich Deutschland und Rußland sofort gemeinsam in Oesterreich-Ungarn einmarschieren zu müssen. Die Monarchie würde nach dem baldigen Tod des alten Kaisers ohnedies unrettbar zerfallen. Die deutsche und russische Politik hätten aber dann zwei Kardinalprobleme friedlich gelöst. Sie erhielten den Weg zum Mittelmeer frei, hier durch Konstantinopel, dort durch die Befestigung von Triest, und zugleich würde die Jahrhunderte alte Balkanfrage erledigt.

Auf die Frage aber, ob der Vorschlag des Jaren irgendwelche Aussicht auf Verwirklichung hatte, erwiderte Tschirschky: „Keine. Wenn Herr und Kaiser blieb auf dem Standpunkt, er habe an der Spitze der Reichsrürsten dem Kaiser von Oesterreich treue Waffenbrüderschaft gelobt und sein Wort halte er unter allen Verhältnissen.“

Kleine Mitteilungen.

Die Brigade Döberitz. Der Reichspräsident Ebert hat an den Generalleutnant Reinhardt ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm für die musterhafte Ausbildung und Führung der jetzt infolge der Heeresverminderung aufgelösten Brigade Döberitz in warmen Worten seinen Dank ausspricht.

Berlin. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Marienwerder sind die polnischen

Landräte durch einen Befehl der Boimobtschaft Posen ermächtigt worden, alle für Deutschland propagandatreibende Deutschen sofort zu erschließen.

Die Konferenz in Genf wird voraussichtlich am 23. August zusammentreten.

Für den Wiederaufbau Frankreichs. Nach amtlichen französischen Angaben wurden bis jetzt für den Wiederaufbau der verunsteteten Gebiete mehr als 20 Milliarden Francs ausgegeben.

Uns Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Local-Nachrichten.

My Die Frist zur Abgabe der ersten Steuererklärungen für Luxussteuer und erhöhte Umsatzsteuer ist allgemein bis zum 1. September verlängert worden.

My Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung zur Verordnung vom 10. März 1920 über die weitere Ermäßigung der Tabaksteuer.

My Als Annahmestellen für selbstgezeichnete Kriegsanleihen zur Entrichtung des Reichsnachpayers sind für den Bezirk des Finanzamts Wiesbaden (Stadt- und Landkreis) bestimmt worden: die Regierungshauptkasse in Wiesbaden, Zollkasse des Hauptzollamts in Wiesbaden, Kassauische Landesbank in Wiesbaden und ihre Filialen.

My Die Eisenbahnverwaltung hat angeordnet, daß den Fahrgästen, die sich auf dem Wagendach, im Bremshaus oder auf den Trittbrettern befördern lassen, wenn im Zuge noch zahlreiche Plätze frei sind, ein erhöhtes Fahrgehalt von M. 20.— von der Zugkontrolle abgenommen wird. Dasselbe soll mit den Rauchern in Nichtraucherabteilen geschehen.

My Die interalliierte Kommission hat eine Verordnung über die Nichtanerkennung und Absetzung deutscher Beamten im besetzten Gebiet erlassen, wodurch die Paragraphen 2, 3 und 4 der Anweisung Nr. 3 aufgehoben sind. Wenn ein Beamter sticht, seinen Abchied nimmt oder für länger als einen Monat in Urlaub geht, entlassen oder veretzt wird, muß der Ortsdelegierte hiervon sofort in Kenntnis gesetzt werden. Bei Ernennung eines Beamten muß der Ortsdelegierte 15 Tage vor dem Dienstantritt benachrichtigt werden. Die Kommission kann gegen die Ernennung endgültig oder vorläufig Einspruch erheben. Jeder deutsche Beamte im besetzten Gebiet kann auf Befehl der Kommission abgesetzt werden, wenn dies nach ihrer Meinung notwendig ist, jedoch nicht, ohne daß ihm die Gelegenheit gegeben wird, sich zu verteidigen.

My Der Lohnabzug. Die kürzlich verbreitete Meldung, daß die vorläufigen Bestimmungen über den Lohnabzug durch vollkommen neue endgültige ersetzt werden sollten, ist in dieser Form nicht richtig. Eine Änderung des Ergänzungsgesetzes vom 21. Juli 1920 ist nicht beabsichtigt; das Gesetz wird vollkommen unverändert zur Durchführung gelangen. Es sollen lediglich die vorläufigen Ausführungsbestimmungen in endgültige umgewandelt werden.

My Nach der Anordnung des Reichsministers der Finanzen beträgt die Ermäßigung der Tabaksteuer vom 1. Oktober bis 31. März 1921 für Zigarren 75, für Zigaretten in den fünf höchsten Klassen 50 und für feingehackten Rauchtabak in den beiden obersten Klassen 20 Prozent der vollen Steuerhöhe. Die Tabaksteuer wird jedoch nicht unter dem Betrage von M. 87.— für 1000 Stück Zigaretten und M. 32.— für das Kilogramm Tabak ermäßigt werden.

My Das Ende der Reichsfeischkarte. Von zuständiger Stelle wird den B. P. M. mitgeteilt: Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr die Reichsfeischkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt worden. Wichtiger ist auch die Gemeindefeischkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. Die Aufhebung geschah, weil die Reichsfeischkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch zu überwachen, im Großhaushalt fast ausschließlich immer mehr verloren hat und für die Ueberwachung des Verbrauchs in den Einzelhaushaltungen die Kundenliste in den Wegezereien ausreicht.

My Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden in letzter Zeit Verhandlungen über die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln statt mit Vertretern der Landwirtschaft und der Konsumenten. Die gleiche Frage war vorher der Gegenstand eingehender Erörterungen im Unter Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Reichstages und des allseitigen Ausschusses des Reichstages. Mit Rücksicht auf die günstigen Ernteaussichten haben diese Ausschüsse übereinstimmend mit der Reichsregierung vorgeschlagen, vom 15. September ab die öffentliche Bewirtschaftung für Kartoffeln mit der Maßgabe aufzuheben, daß die auf Grund der Verordnung vom 23. Mai abgeschlossenen Verträge bestehen bleiben zur Schaffung einer starken Reichsreserve zur Ueberwinterung und für etwa während des Herbstes

und der Wintermonate eintretenden Not. Es ist damit zu rechnen, daß der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeitete Entwurf Mitte August vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages angenommen wird, so daß dem Handel von da ab die zur Verknüpfung seiner geschäftlichen Verbindungen erforderliche Beweglichkeit gegeben und er in Stand gesetzt wird, die Kartoffeln zur Belieferung nach dem 1. September 1920 anzukaufen. Um die Preisbildung auf dem Markt für Speisekartoffeln nicht zu beunruhigen, sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Kartoffeln verarbeitende Industrie, insbesondere die Brennereien, mit Einschränkungen in ihrem Betriebe zu rechnen haben werden.

Die Bekämpfung betr. die Uebergangsbestimmungen für Hafer früherer Ernten belagt u. a.: Wer mit Beginn des 16. Aug. 1920 Hafer früherer Ernten allein oder mit anderen Nahrungs- oder Futtermitteln gemischt in Besitz hat, ist verpflichtet, ihn dem Kommunallagerband des Lagerungsortes bis zum 20. August 1920 getrennt nach den Besitzern anzuzeigen. Trog der am 16. August eintretenden Beschlagnahme darf Hafer früherer Ernten von den Tierhaltern an ihr Vieh verfüttert werden und von Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe zur Verwendung in eigenen Betrieben verarbeitet und von den Händlern aus ihren Vorräten bis zum 25. August verkauft und bis zum 2. September geliefert werden.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat ihren britischen Delegierten Richtlinien für die Erstellung und Abrechnung von Erlaubnisbescheinigungen zum Tragen von Waffen zugehen lassen. Die Kommission unterscheidet zunächst zwischen erlaubten und nicht erlaubten Jagdwaffen. Erlaubt sind Flinten mit einem, zwei oder drei Läufen, Büchsen und Büchsenflinten, ferner Repetierbüchsen, sofern ihre Gesamtanzahl kontrolliert wird und 10 Proz. aller Jagdwaffen nicht übersteigt. Nicht erlaubt sind Jagdgewehre mit einer Wirtzmann, d. h. treffsicheren Tragweite von mehr als 300 Mtr., ferner Jagdgewehre, die gleiche Kaliber mit Militärgewehren haben. Grundsätzlich sollen einer Person nicht mehr als zwei Gewehre zugelassen werden. Alle Jagdwaffen und Vorräte von Jagdmunition, deren Besitz nicht genehmigt ist, sollen von den deutschen Behörden in Verwahrung genommen werden. Die Kreisdelegierten können den Eigentümern solcher in Verwahrung genommenen Waffen Sondererlaubnisse erteilen, die ihnen die Entnahme für einen bestimmten Zeitraum zur Teilnahme an bestimmten Jagden gestatten.

Zur Frage des zulässigen Warenpreises. Angesichts der Bundesratsverordnung gegen die Preissteigerung vom 8. Mai 1918 sind die davon Betroffenen vor Gericht stets zivilrechtlich und strafrechtlich in einer bedenklichen Lage. Im allgemeinen geben die Gerichte davon aus, daß ein übermäßiger Nutzen immer dann vorliegt, wenn der Preisanschlag auf die Waren, nach dem Einkaufspreis berechnet, übermäßig ist. Nur auf den ersten Blick hat diese Anschauungsweise den Anschein der Billigkeit und Gerechtigkeit für sich. Bei näherer Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse führt sie dagegen zu den größten Unbilligkeiten. Das hängt mit den fortwährenden Preissteigerungen der Waren und der Gestehungskosten zusammen. Häufig liegt der Fall so, daß von dem Erlös der alten Ware nur ein verhältnismäßig kleiner Teil derselben Menge neuer Waren gekauft werden kann, was wiederum nur zur Erhöhung des Betriebskapitals der zur Einschränkung des Umsatzes führen muß. Der Handel ist in verschiedenen Eingaben usw. dafür eingetreten, daß es dem Kaufmann gestattet sein müßte, die Ware, die er jeweils auf Lager hat, zum Tagespreise zu verkaufen, ohne Rücksicht darauf, welchen Einkaufspreis er für die Ware angelegt hat. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, dem Handel mitteilte, ist es in Erwägung getreten, ob es mit Rücksicht auf die seit Beendigung des Krieges eingetretenen Verhältnisse möglich ist, die Grundzüge über die Bestimmung der zulässigen Warenpreise abzuändern und ob insbesondere in der Folge der Marktpreis als maßgebend anerkannt werden kann. Mit den berührten schwebenden Erwägungen können sich die Berufsstände natürlich nicht zufrieden geben; denn die Sache ist zu wichtig für alle gewerblichen Kreise. Es muß dringend gefordert werden, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Hinzuziehung von Vertretern der Berufsstände die Preissteigerungsverordnung einer gründlichen Revision unterzieht.

Der Reichtum an ehbaren Pilzen ist zur Zeit ganz enorm. Infolge der reichlichen Niederlage bei durchweg warmer, schwüler Bitterung sind die Wälder mit Schwämmen aller Art wie übersät. Namentlich der sehr beliebte Steinpilz tritt heuer massenhaft auf. Bedauerlicherweise tritt aber gerade dieser Pilz in diesem Jahre ungewöhnlich starke Madenbefalligungen. Auch der Eierchwamm, der Jiegenbart und der kostbare Champignon wird reichlich gefunden. In den Städten fordern die Händler für gewöhnliche Schwämme, wie Pflasterlinge 2.50 M. das Pfund, ein Preis, der angesichts des großen Pilzreichtums als reichlich hoch bezeichnet werden muß. Die Pilzschwämme erhalten dadurch 1.— M. und 1.20 Mark für das Pfund Schwämme.

Die Apfelente fällt in diesem Jahre allgemein reichlich aus. In weiten Gebieten erreicht die diesjährige Spätkörner den Reifegrad der Reifere von dem Jahre 1917. Man rechnet angesichts dieser reichen Apfelente auch heute schon sicher mit einer erheblichen Senkung der Obstpreise gegenüber den letzten Jahren. Der Abbau der Weinpreise dürfte jedenfalls auch auf den Preis des neuen Apfelweins erheblich drücken. Ein Anzeichen für diese Annahme ist schon darin zu erblicken, daß für Fallböck, das da und dort schon gefestigt wird, weit geringere Preise als im Vorjahre gezahlt werden. Man bietet dafür höchstens 5—10 Mark pro Rentner. Für den Apfelweinfreund eröffnen sich somit endlich auch wieder bessere Aussichten.

Die in den Städten herrschende große Kartoffelnot zeitigt auf dem Lande Zustände, wie man sie in den schlimmsten Tagen des Weltkrieges hier nicht gewohnt war. Ein von Tag zu Tag stärker werdender Massenstrom von Kartoffelhandlern überschwemmt tagtäglich das Land bis in die entlegenen Dörfern hinein. In einzelnen Gemeinden, wie Eich, Hamm u. a. erscheinen täglich Hunderte von solchen Leuten mit Säcken und Körben,

um zu jedem Preis alte oder neue Kartoffeln zu kaufen. In den ländlichen Bahnhöfen häufen sich die Männer, Frauen und Kinder mit ihrem Hamstergesetz zu endlosen Scharen. Man ist dadurch in den Städten jetzt wieder glücklich so weit gekommen, daß überhaupt kein Pfund Kartoffeln mehr frei zum Verkauf gebracht wird, denn der Landwirt kann sie zu Hause bequemer zu weit höherem Preise an die Hamsterer verkaufen, als auf dem Markt, wo er an die Höchstpreise gebunden ist. Sachtemper verschärfen, daß unsere gebaute Frühkartoffelernte auf diese Weise für die rationelle Erfassung und Verteilung verloren geht. Die Schuld trägt wieder der unvernünftige Käufer und den Schaden hat derjenige, der nicht die notwendige Zeit oder die Mittel besitzt, um neben dem Ausfall eines Tagelohns und der teuren Eisenbahnfahrt noch die hohen Wucherpreise von 1 Mark und mehr pro Pfund Kartoffeln zu zahlen.

Aus dem Protokoll über die Sitzung des Demobilisationsausschusses für den Landkreis Wiesbaden vom 27. Juli 1920 entnehmen wir folgendes: Auf der Tagesordnung standen: a) Stellungnahme zu der Anordnung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisation in Hessen, betr. die Freimachung von Arbeitsstellen. b) Maßnahmen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit. c) Produktive Erwerbsloserfürsorge. d) Verschiedenes. Die Punkte der Tagesordnung wurden wie folgt erledigt: Punkt 1: Nach längeren Ausführungen des Vorsitzenden, sowie Äußerungen verschiedener Mitglieder wurde die Anwesenheit des Teiles der Bevölkerung, der die Entlassung der nicht im Arbeitsbereich wohnenden Arbeiter fordert, allgemein anerkannt und der Beschluß gefaßt, der Vorrede möge dieserhalb persönlich bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden die dasgenügende Gründe mündlich vorzutragen. — Punkt 2: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll versucht werden, Erwerbslose bei den Landwirten als landwirtschaftliche Arbeiter unterzubringen. Da die Lohnverhältnisse aber größtenteils noch teilweise ungeklärt und unzureichend sind, soll darauf geachtet werden, daß bis zur endgültigen Regelung der Lohnfrage, die in einigen Tagen durch die Landwirtschaftsämter erfolgen wird, wenigstens einigermaßen angemessene Löhne gezahlt werden. Punkt 3: Da die näheren Ausführungsbestimmungen zu § 15 der Verordnung über Erwerbsloserfürsorge im Ministerialblatt der Verwaltung des Innern veröffentlicht sind, wurde von einer eingehenden Erörterung abgesehen. Den Gemeinden wird die Ausarbeitung entsprechender Projekte überlassen. Zu erwähnen ist hierbei das zur Nachahmung empfohlene gemeinnützige Vorgehen der Gemeinde Sonnenberg durch Ausführung umfangreicher Restlandarbeiten, wovon ausführlich berichtet wurde. Punkt 4: a) Bei der Regierung soll der Antrag gestellt werden, die Anwendung des § 9 der Verordnung vom 6. 5. 1920 (R.-G.-Bl. S. 871) i. b. besonders zu bezeichnenden Gruppen noch auf 1—2 Monate hinauszulassen, damit unbillige Härten vermieden werden. b) Ferner wird einstimmig beschloffen, die den Gemeinden durch Rundschreiben vom 2. März 1920 empfohlene Heranziehung Erwerbsloser zu gemeinnützigen Arbeiten, das bisher sehr lückenhaft durchgeführt wurde, nunmehr unter Hinweis auf § 10 der Reichsverordnung vom 26. Januar 1920 (R.-G.-Bl. S. 28) den Gemeinden zur Pflicht zu machen. Als Stundenlohn soll dabei die Hälfte des Tageslohnes der Erwerbslosenunterstützung. Gegen diejenige Gemeinde, die, trotzdem sie dazu in der Lage sind, es auch für die Folge unterlassen, derartige Anträge auf Entziehung der Reichs- und Staatsbeihilfen gestellt werden. c) Damit bei wichtigeren Angelegenheiten nicht immer der ganze Demobilisationsausschuss zusammenzutreten braucht, wird beschloffen, daß eine Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden, sowie den Herren Christ-Sonnenberg, Faust-Dohmen und Schier-Schierstein, im Namen des Demobilisationsausschusses vorläufige Beschlüsse fassen; derartige Beschlüsse werden sofort durch Umbruch oder bei der nächsten Vollversammlung zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Diebstahl, den 11. August 1920.

Der Straßenbahnbetrieb ist seit Dienstag vormittag wieder aufgenommen worden. Die bereits geführten Verhandlungen werden von den zuständigen Stellen zur weiteren Regelung fortgesetzt.

Montag nachmittag fand im Kassauer Hof zu Schierstein die diesjährige Hauptversammlung des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe statt, welche sich trotz der Verkehrserschwerungen eines großen Besuches zu erfreuen hatte und mit herzlichem Worten der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Stadtbaurat Thiel, eröffnet wurde. Herr Stadtbaurat Thiel erstattete als Geschäftsführer des Verbandes den Jahresbericht. Aus den ausführlichen Mitteilungen war zu ersehen, daß die Geschäftslage auch im verwichenen Jahre eine reiche Tätigkeit entfaltet hat. Die Einrichtung von Beratungsstunden, die an den verschiedenen Orten des Kreises abgehalten wurden, hatten sich im allgemeinen einen lebhaften Zuspruch zu erfreuen. Zahlreiche Angelegenheiten der Handwerker und Gewerbetreibenden konnten auf ähnliche Art erledigt werden und viele Anfragen an die Geschäftsstelle fanden rasche Erledigung. Mit dem Wunsch, die Geschäftsstelle noch mehr auszunutzen, schloß er unter allgemeinem Beifall seine interessanten Ausführungen. Herr Lehrer Roth erstattete den Kassener Bericht. Die Einnahmen betragen 1846.97 M., die Ausgaben 1905.26 M. Die Einnahmen leuchten sich aus Zuwendungen der Gemeinden Dieblich, Erbenheim, Sonnenberg, Schierstein, Hirschheim und den Zuwendungen des Zentralvorstandes zusammen. Der Lokal-Gewerbeverein Dieblich hat die Jahresrechnung geprüft und für richtig befunden, worauf dem Redner Entlastung erteilt wurde. Darauf wurde der Haushaltsplan für 1920, der 5100 Mark in Einnahmen und Ausgaben vorsieht, genehmigt. Als Mitgliedsbeitrag der angeschlossenen Gewerbevereine, Innungen und sonstigen Vereine wurden 2 Mark festgesetzt. Herr Baummeister Rindgrabe, Syndikus des Kassauer Gewerbevereins, hielt darauf einen Vortrag über die wirtschaftlichen Beziehungen der Handwerker- und Gewerbevereine. Ausgehend von den Beschlüssen der Limburger Generalversammlung, die eine vollständige Umänderung der Tätigkeit des Zentralvorstandes bezwecken und eine stärkere Betonung der Handwerkerinteressen betreiben, sprach er seine Freude über die zahlreiche Beteiligung aus, die ein Beweis dafür gäbe, daß die Handwerker gemißt seien, ihre eigene Sache selbst in die Hand zu nehmen. Soll aber etwas Ersprießliches geschehen und geliebt werden können, so sei unbedingt Geld nötig. Die

geringen Beiträge, welche jetzt die Mitglieder geleistet haben, seien nicht ausreichend; denn zu jedem Erfolg müssen Opfer gebracht werden. Die Erfolge anderer Verbände seien nur dadurch zu erklären, daß reichliche Beiträge eine größere Wirksamkeit möglich machen. Als ein Fortschritt sei es zu verzeichnen, daß die Schulungsanstalten vollständig aus dem Arbeitsbereich des Zentralvorstandes ausgeschieden seien und einer besonderen Schulabteilung zur Bearbeitung überwiegen worden sind; denn gerade die vielen Schulungsangelegenheiten hätten in den Vereinsversammlungen einen zu breiten Raum eingenommen, so daß für die wichtigen Tagesfragen des Handwerks und Gewerbes keine Zeit mehr verbliebe. Redner zeigte darauf den Ausbau der Handwerkerverbände, die in dem Reichsverband des deutschen Handwerks, der 1 1/2 Millionen selbständige Handwerker mit etwa 10 Millionen Interessenten umfaßt, eine wirksame Vertretung gefunden haben und die wieder mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in enger Verbindung stehen. Darauf erläuterte der Redner die Fragen: Wie sieht der Handwerker im öffentlichen Leben, wie stellt sich der Handwerker zur Sozialisierung der Betriebe? Beherrschende Worte wurden gesprochen, Anregungen in Fülle gegeben. Aber eine Forderung läßt sich nur durch Einigkeit und Opfermut und Selbstverwahrung erreichen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine sachlichen und klaren Ausführungen. In den Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte, an der sich zahlreiche Vertreter lebhaft beteiligten. Herr Baurat Thiel gab darauf die Beschlüsse des Ausschusses bekannt, wonach der Vorstand sich aus den Herren Baurat Thiel als 1. Vorsitzender, Schneidermeister Bort als 2. Vorsitzender, Lehrer Roth als Kassierer, Spenglermeister Riedl, Schierstein, und Schlossermeister Schneider, Hirschheim, als Beisitzer zusammensetzt. Als Geschäftsführer wurde Herr Stadtbaurat Thiel wiedergewählt, der in Herrn Steinhausermeister Aug. Reich einen Stellvertreter fand. Bei der Wahl zum Zentralvorstand wählte die Versammlung Herrn Stadtbaurat Thiel und Herrn Tischlermeister Fritzes, Schierstein, als Vertreter. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Sonnenberg bestimmt. Der Geschäftsführer gab darauf bekannt, daß er den Vereinen jederzeit zur Verfügung stehe und daß die Beratungsstunden fortan mit Beratungen der Lokalvereine verbunden werden sollen. Auf Anregung des Innungsmeisters Cauer wurde beschloffen, wegen Abänderung des § 100 q der Reichsgewerbeordnung vorläufig zu werden. Nachdem der Vorsitzende noch ein Schreiben der Handwerkskammer bezüglich der Verteilung von Benzin für die Uhrmacher bekannt gegeben und zu reger Beteiligung an der Hebung des Handwerkerstandes aufgefordert hatte, schloß er mit herzlichem Wünschen für das Gelingen und Gedeihen von Handwerk und Gewerbe die anregende Versammlung.

Wiesbaden. Kassauische Landesbank und Sparkasse im Jahre 1919. Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Kassauischen Landesbank wird folgendes mitgeteilt: An Schuldverhältnissen wurden im ganzen abgesetzt 31,5 Millionen Mark gegenüber 25,5 Millionen Mark im Vorjahre. Nach Abzug der Rückflüsse erhöhte sich der Gesamtbestand auf 246,5 Millionen. Der Kurs stieg von anfänglich 96 Prozent im Laufe des Jahres auf 100 Prozent und betrug Ende des Jahres 99 Prozent. Die Zunahme der Spareinlagen stellt eine Rekordziffer von 74,6 Millionen Mark gegenüber 69,8 Millionen Mark im Vorjahre auf. Die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparkassenbücher hat sich von 293.309 auf 313.477 erhöht. Im Hypothekengeschäft war etwas größere Nachfrage gegenüber dem Vorjahre. Die Kassauische Kriegshilfskasse wurde im abgelaufenen Jahre wesentlich höher in Anspruch genommen, als in den Vorjahren. Die Kassauische Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit hat mit Friedensschluß ihr Ende erreicht. Die Abrechnung ist im laufenden Jahre bereits in die Wege geleitet.

Die Angestellten der Zigarettenfabrik Laurens sind am Dienstag früh in den Ausstand getreten. Unsere Kriminalpolizei warnt vor einem etwa 30 Jahre alten Menschen, welcher sich in Geschäften als Kriminalbeamter vorstellt, welcher den Auftrag habe, nach falschem Geld zu suchen und dabei Scheine unter dem Vorgeben, sie seien falsch, mit sich nimmt. Auch vor Fahrtdiebstählen, welche am Platz seit einigen Tagen wieder ihr Wesen treiben, wird polizeilich gewarnt. — In der Sonntag Nacht wurde aus dem Magazin eines Hauses an der Wilhelmstraße, erhebliche Mengen Reis, Speck, Kond. und sterilis. Milch, Eier, Zigarren, Selt und Zucker gestohlen.

Wiesbaden, 10. August. Unlängst passierte ein mit Kofferten vollgepacktes Auto aus Mainz die Straßen der Stadt Dieblich. Hierbei ereignete es sich, daß etwa vier Ritten von dem Beifahrer herabstürzten, auseinanderbrachen und ihr kostbares Inhalt sich auf die Straße entleerte. Der Chauffeur fuhr weiter und ließ den Arbeiter G. U. als Wächter bei den herabgestürzten Ritten stehen. Es dauerte gar nicht lange, da kamen viele Leute mit Kind und Kegel heran und holten sich den auf der Straße liegenden Kaffee mit dem Aufseher: „Her mit der Schieberware!“ Als die Polizei erschien, konnte sie nur noch sechs Leute feststellen, die von dem Kaffee etwa zwei Pfund bei sich trugen, während ein Dienstmädchen und deren Arbeitgeber ein größeres Quantum, das sie einer Kiste entnommen, eingeschleppt hatten. Vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß der Wächter U. dem Kaffee auf den Kaffee wohl nicht gewachsen, ihn gebildet und von einem Holer noch fünf Mark Trinkgeld eingeholt hatte. Das Gericht verurteilte U. wegen Unterschlagung zu zehn Mark Geldstrafe, das Dienstmädchen J. erhielt wegen Diebstahl ein Tag Gefängnis, deren Arbeitgeber G. und Frau J. je zwei Tage Gefängnis, die übrigen Angeklagten kamen wegen Mordbrand mit einer Geldstrafe von je fünf Mark davon. In der Urteilsverlesung wurde ausgeführt, wenn der Kaffee wirklich Schieberware gewesen, so sei es doch nicht erlaubt, daß sie eigenmächtig hinweggenommen werden kann. — Im Walde bei der Fasanerie in der Nähe Wiesbadens hatte der Landwirt D. W. aus Dieblich vier Raumneter Außenstehholz kurzer Hand aufgeschlagen und abgefahren. Da die Holzbesitzer in erheblicher Weise zusammen, verurteilten die Schöffen den Landwirt wegen Diebstahl zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat. Wegen Ungehörigkeit wurde er sofort in eine Haftstrafe von drei Tagen genommen.

Dem Rhein- und Maingebiet. Ueber die Droschgergebnisse der diesjährigen Getreidernte liegen jetzt nachden die Dreckschichten allerorts in vollem Betrieb stehen, zuverlässige Angaben vor. Sie stellen sich im allgemeinen beim Roggen gering bis mäßig, beim Weizen meist gut und bei Gerste und Hafer gut und recht gut. Auf dem Morgen Weizenland rechnet man 6—9 Ztr. beim Roggen, 8 bis 10 Ztr. beim Weizen, 10—15 Ztr. bei Gerste und meist über 15 Ztr. beim Hafer. Der geringere Körnerertrag beim Roggen ist neben den ungünstigen Auslaßbedingungen im Herbst (stark verspätete Saat bei starkem Frost und großer Kälte) vor allem auch auf die der Ausbildung der Körner sehr nachteilige anhaltende Dürre im Monat Juni zurückzuführen. Der Strochertrag beträgt, besonders bei Weizen, Gerste und Hafer durchaus. Bei dem neuen Roggenmehl wiegt infolge der schwachen Entwicklung der Körner der Proteingehalt der Mele erheblich vor.

Frankfurt. Nord? Auf einer Bank an der Babenhäuser Landstraße wurde Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr der 24 Jährige August Rotenbächer mit einer Schußwunde im Kopf aufgefunden. Die Rettungswache brachte den hoffnungslos verletzten jungen Mann in das Heiliggeist-Hospital. Nach Zeugnisaussagen soll der junge Mann von einem bisher noch nicht ermittelten Menschen angegriffen worden sein. — Aus einer Wohnung der Volksgangstraße wurde nachts eine Briefmarkensammlung im Werte von 50000 Mark gestohlen. — Selbständige Unternehmer. In einem hiesigen Vergnügungsetablissement bekommt der Kaffeehändler zwar keinen Lohn, muß aber das gesamte Bußgeld stellen. Da das Trinkgeld abgeschafft ist, geben die Leute auch ihm nicht mehr und davon kann er nicht leben. Er verlangt deshalb tarifmäßige Entlohnung; doch der deswegen angerufene Schlichtungsausschuss erklärte sich für unzuständig, da der Kaffeehändler kein Angestellter sei, sondern als — selbständiger Unternehmer zu gelten hat. — An der falschen Stelle. Mit einer Scheinveranlassung waren die Bediensteten nicht zufrieden, weil sie beim Arbeiten geblendet habe und verlangen eine Schutzvorrichtung. Als sie nicht gemacht wurde, rief der Betriebsrat den Schlichtungsausschuss an, mußte sich aber dort aufklären lassen, daß er sich mit seinem Anliegen an die hierfür zuständige Gewerbeinspektion zu wenden habe.

Frankfurt. Die Kanaille. Solange Franz Sebel Ordnung auf dem Abchnittskommando war, besorgte er für viel Geld u. gute Worte Pässe ins besetzte Gebiet. Dann kam er jedoch ins Loch, brannte durch und tauchte als Leutnant und Rittergutsbesitzer Kurt von Friedrich wieder auf. Er triefte Mädchenherzen, preßte Gott und die Welt und war mit gleichem Erfolg hier, in Eisenach, in Hanau, Darmstadt usw. tätig. Er hat kein Geld gehabt, sagte er vor Gericht und schien garnicht zu wissen, daß man auch arbeiten kann. 18 Monate Gefängnis sollen ihn das lehren. — Zeichen der Zeit. Infolge der verschiedenen Schaufenster-einbrüche am hellen Tage haben die Juwelenhändler jetzt ihre Schaufenster außer durch diese Glasheben noch durch ein feines aber sehr widerstandsfähiges Drahtnetz geschützt. — Als Zeichen der Zeit kann man es auch betrachten, daß an einer öffentlichen Kasse ein Schild als Beweiser nicht mehr mit der Hand deutet, sondern mit einem aufgemalten Revolver den Weg angibt. — Durchhalten in schlimmen Zeiten. Ein Großbetrieb, Pferdemeierei, hatte mehrere Wegger entlassen, bezw. zum Ausgehen aufgefordert, da es im Betrieb nicht mehr viel zu tun gab. Davon Betroffenen wandten sich an den Schlichtungsausschuss, der die Maßnahmen des Betriebs für unzulässig erklärte. Es sei bekannt, daß die Wegger große Verdienste erzielt habe und so müsse man von ihr verlangen, daß die Leute, die in langen Ueberstunden ihr in den letzten Zeiten des guten Geschäftsganges zur Seite standen, von ihr auch durch die schlechten Zeiten durchgehalten werden.

Frankfurt. Auf eine Eingabe der hiesigen Arbeiter um eine Lohnerhöhung von 25 Proz. hat der Magistrat eine solche von 10 Proz. zugestanden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben betragen jährlich 13 270 000 M. und sollen durch Erhöhung der Gebühren und hiesigen Tarife gedeckt werden.

Die Fürsorge für die 10jährigen Arbeiter Karl Rothendörfer. Er stellte sich Dienstag früh, von Bewillenschein getrieben, der Polizei. Was ihn zu der Tat veranlaßt hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Demonstration der Erwerbslosen.

Frankfurt, 10. August. Nach einer Erwerbslosenversammlung, in der mit Rücksicht auf die erhöhten Forderungen der städt. Arbeiter neue Forderungen aufgestellt wurden, veranstalteten die Versammlungsteilnehmer erregte Kundgebungen am Rathaus, in das sie einzudringen suchten. Doch stellten sich Sicherheitswehr und Schutzleute ihnen entgegen. Nachdem eine Kommission der Arbeitslosen zum Magistrat zur Entgegennahme ihrer Forderungen empfangen worden war, zerstreute sich die Menge. Mit noch größerer Heftigkeit wiederholten sich die Fälle am Nachmittag in der Stadtverordnetenversammlung, als über einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Erhöhung der Erwerbslosenlöhne beraten wurde. Die Erwerbslosen überfüllten die Tribünen und saßen sogar auf Kanten und Brüstungen. Als eine Erhöhung von zwei Mark pro Kopf und Tag vorgeschlagen wurde, gaben sie in stürmischer Weise ihrer Unzufriedenheit Ausdruck, und es gelang dem Vorsitzenden nicht, die Ruhe wieder herzustellen. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Magistratsvorlage. Unter Hochrufen auf die Aüterepublik verließen die Erwerbslosen den Saal. Die Stadtverordnetenversammlung wurde teilweise unterbrochen.

Hedderheim. Beim Fußballspiel gerieten der Josef Rühl und der 16 Jahre alte Rühl in Streit, wobei der Rühl den jungen Menschen derart mit der Faust auf den Kopf schlug, daß er an den erlittenen Verletzungen gestorben ist.

Saget. Ein Unglücksfall, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich auf der Donsbacher Straße. Jügelreißer Ströhler fuhr mit Familie von Donsbach nach Saiget, als der Wagen bei einer scharfen Biegung des Weges umkippte. Bei dem Sturz erlitt Fräulein Hertha Ströhler leider eine schwere Gehirnerschütterung, der sie erlag. Die übrigen Insassen des Wagens kamen mit leichten Hautabwühlungen davon.

Mainz. Von Dienstag, 10. August an, verkehren die Schnellzüge D 269 u. D 270 Mainz - Köln - Koblenz - Köln - Mainz ab 12.24, Mainz an 1.50, ab 2.00, Köln an 5.46 nachm., Köln ab 8.43, Mainz an 12.15, ab 12.34, Mannheim an 2.00 nachm. Die Züge, die früher zwischen Mainz und Mannheim durchführten, halten jetzt in Biebelshaus als Kontrollstation und in Bils. In Mannheim besteht Anschluss mit Basel.

Die Mainzer Herbstmesse nahm am Sonntag unter riesigem Zuspruch der Bevölkerung ihren Anfang. Sie ist diesmal mit Schaubuden aller Art mehr als je in früheren Jahren förmlich überfüllt. Jeder kleinste Raum auf dem weiten Mesplatz ist besetzt. Unter den vielen Schaubuden bemerkt man zum ersten Male neben den alten Mesbesessenen, die seit Jahrzehnten unsere einheimischen Messen beleben, auch mehrere fremde Unternehmungen. Die Mainzer Messe, die auch heute wieder besonders von französischen Zivil- und Militärpersonen überaus stark besucht war und auch japanische, chinesische und englische Soldaten nebenbei aufwies, gewinnt auf diese Weise mehr und mehr ein internationales Aussehen. Trotz der enormen Preise, die vielfach ein Zehnjahres der Friedenspreise erreichten, war die Messe an ihrem Eröffnungstage zum Erdrücken voll besucht, und der Geschäftsgang offensichtlich außerordentlich günstig. Die soliden Verkaufstände, die früher den Hauptbestandteil der Messe ausmachten, verschwanden immer mehr gegenüber den überlauten Vergnügungsbuden in den entlegeneren Wintern des großen Mesplatzes. Nur der Geschirrmarkt, der heuer angefüllt der reichen Obsternte eine besondere Anziehungskraft ausübt, hält sich nach wie vor auf respektablem Höhe, wenn auch hier gar mancher alte Mesverkäufer fehlt, weil die harte Nachfrage nach dem irdenen Geschirr ein Angebot auf Messen und Jahrmärkten kaum notwendig erscheinen läßt.

Mainz. Die Kartoffeln sind in dieser Stadt aus höchster Güte. Viele Familien sind seit Wochen völlig ohne Kartoffeln. Die wenigen Kartoffelstellen in der Stadt sind schon in den ersten Morgenstunden von langen Reihen von Frauen und Kindern umlagert, um endlich auf die Kartoffelzellen ein paar Pfund Frühkartoffeln zu erhalten. Die meisten gehen jedoch immer leer aus. Vielesch befassen sich die Käufer auch über das schroffe, unfreundliche Verhalten der Ladenhaber, die nicht selten die Leute mit den Worten abschiden, die paar Pfund Kartoffeln, die sie noch hätten, brauchen sie selbst für die eigene Haushaltung. In einzelnen Geschäften kann man wohl Frühkartoffeln zum Preise von 1.10 M. pro Pfund erhalten. Es sollen das beliebige Kartoffeln sein. Der Preis ist jedoch so hoch, daß die wenigsten Leute sich diese leisten können.

Das französische Militärgericht verurteilte den Bandwirt Philipp Seemann aus Bittelborn zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat, weil er im Besitz eines französischen Armeerevolvers und eines französischen Fernglases war.

Aus Rheinhessen. Die Weinversteigerungen durch den Gerichtssozialrichter, seit Jahren eine kaum mehr erlebte Erscheinung, sind jetzt in vielen rheinischen Landgemeinden an der Tagesordnung. Es handelt sich hierbei um Weine, die von unfaulen Schieber-Kommissionären zur Zeit der wildesten Preistreiber zu den höchsten Phantasiepreisen ohne festen Auftrag solider Firmen lediglich zum Zwecke der Spekulation aufgekauft wurden, aber später, als der rapide Preissturz erfolgte, nicht abgenommen wurden, weil eben diese Sorte Kommissionäre gar nicht in der Lage war, die gekauften Weine überhaupt zu bezahlen. Andere suchten sich auch aus anderen Gründen der Abnahmepflicht zu entziehen. Die Folge dieser unehrlichen Machenschaften ist meistens ein gerichtliches Verfahren und die öffentliche Versteigerung durch den Gerichtssozialrichter.

Oppenheim. Der teuren Zeit muß nun auch unsere freiwillige Feuerwehr ein schmerzliches Opfer bringen. Seitler hat die Gemeinde heute das Bier bezahlt, was die brauen Helfer bei ihrer Jahresversammlung getrunken haben. Nachdem sich die Jede diesmal auf 345 M. belaufen hat, beschloß der Gemeinderat, daß dies das letzte Mal gewesen sei, daß er berappt. — Bon jetzt an gilt die schöne Sitte nicht mehr. Traurig fürwahr!

Booms. 10. August. Durch die Beamten der Lebensmittelkontrolle ist man einem umfangreichen Schwindel und Schleichhandel auf die Spur gekommen, der unter Zuhilfenahme gefälschter Zudermarken ausgeführt wurde. Im Juli wurden auf die gefälschten Marken etwa 30 Ztr. Zuder bezogen. Das Verbrechen datiert bis in das Jahr 1919 zurück. Der Verlust des Zuders, der der Allgemeinheit dadurch entzogen wurde, ist enorm. Bei einem hiesigen Küfermeister allein wurden 6 Zentner Zuder beschlagnahmt, der von der betr. Familie für 2600 bis 2800 Mark für den Doppelzentner verkauft wurde. Der Haupttäter ist festgenommen worden. — In selbstmörderischer Absicht hat sich heute nacht die 22jährige ledige Fabrikarbeiterin Sophie Kaiser von hier von einem Hüterzug auf der Strecke Worms—Bodenheim überfahren lassen. Der Kopf wurde glatt vom Kumpfe getrennt. Das Motiv ist unbekannt. — Vergiftet hat sich gestern die Frau eines hiesigen Arztes. — Erhängt hat sich in Ostbofen ein hiesiger Kommunalbeamter, dem zahlreiche Unterstellungen zur Last gelegt wurden. Bis jetzt wurden ihm solche in Höhe von 137 000 Mark geschwiegen. Er hinterläßt eine Frau in Alter von 17 Jahren.

Bermitteltes.

Die perfekte Hausdöcker. Es kann angelehnt der in Berlin herrschenden Verhältnisse sonderbar berühren, daß der Ausschub der Groß-Berliner Arbeitsnachweise es für nötig hielt, kürzlich besondere Monatsabschüsse für Hausdöcker zu veröffentlichen, die freilich nur als Richtlinien für Arbeits-

nachweise, nicht als verbindliche Sätze gelten sollen. Im allgemeinen entsprechen diese Richtlinien den in der Großstadt Berlin herrschenden Verhältnissen, werden aber noch vielfach infolge des Weltmarkts der Herrschaften und die Hausangehörigen überboten. Wohlverstand, der Herrschaften, die es noch dazu haben; denn im Mittelstand sieht man fast keine Dienstboten mehr. Das kann man in den Läden, wo eingekauft wird, beobachten. Die Köchin des Herrn Professors, Geheimrats oder Regierungsrats, die einst Fisch und Gemüse einkaufte, ist ausgefallen; sie ist dem Sturm der Zeiten erlegen. Statt ihrer steht die Tochter des Herrn Professors, Geheimrats oder Regierungsrats ebenso perfekt da und lauft ein. Sie tut noch andere Dinge. Der Wert der Hausarbeit ist in den letzten drei Jahren ungeheuer gestiegen, und vielleicht wird einmal der längst gehegte Plan Tausche, daß Hausdöcker und andre weibliche Angehörige den Barwert ihrer Arbeit dem ohnehin genug bedrängten Familienbudget in das Familienbudget mit einzustellen. Zutratmen wäre dies unterm technischeren Zeitalter schon. Dieser unglückliche Familiennoter leht es heute freilich dreimal lieber, wenn seine Tochter Hiden, nähen und kochen kann, als wenn sie ihren Doktor der Kunstgeschichte macht. Der Wert dieser Dinge hat sich gänzlich umgedreht, und dieser Umstand wird sich auch auf dem Heiratsmarkt geltend machen und macht sich schon geltend. Die perfekte Hausdöcker, die vom Herrn begehrt wird, ist nicht mehr die, die Latein kann und die schlagfertig über Gezanne und Manet urteilt. Es ist wieder die Hausdöcker der ganz alten Zeit mit der Nahrung und dem Kochkessel. Das ist die natürliche Folge der Tatsache, daß der Mittelstand heute keinen anderen Wunsch hat, als den, sich von seinen Dienstboten freizumachen, die für ihn eine Plage und eine fortwährende Ausbeutung geworden sind, mit oder ohne Richtlinien. (Köln. An.)

D. Uch. Ein 15jähriger Bursche warf eine mit ungelöschtem Kalk gefüllte Dose ins Wasser und erlitt, als der Behälter explodierte, schwere Verletzungen, die seine Ueberführung in die Städtische Universitätsklinik zur Folge hatten.

Vöppad. Sonntag nachmittag verunglückte auf der linken Rheinseite bei Solig unweit Vöppad ein Güterzug. Durch den Unfall wurden beide Gleise auf 200 Meter aufgerissen, so daß die Strecke völlig unfahrbar wurde. Es mußten Zugumleitungen von Koblenz über Niederlahrsheim—Riedesheim—Wiesbaden erfolgen, wodurch erhebliche Verzögerungen eintraten. Andere Züge fielen ganz aus.

Eine Dame in den Reben geküßt. Auf der Kölner Hängebrücke geriet am Sonntag ein gutgekleideter Mann mit einer Dame, beide von Deutsch kommend, in heftigen Wortwechsel. Der Mann versuchte schließlich, die Dame über das Geländer in den Strom zu werfen. Diese klammerte sich aber so fest an ihn, daß er mit ins Wasser stürzte. Zwei Schiffer gelang es, den Mann zu retten, die Dame erst am 1. d. gegen 8. Kafferslätern, 9. August. Das französische Polizeigericht verurteilte den Bürgermeister Schwarz aus Zweibrücken zu 1000 Geldstrafe oder drei Monate Gefängnis wegen einer Wohnungsverweigerung für einen französischen Offizier.

Der Gersfeld (Rhön), 9. August. Bei einem Flug mit einem motorisierten Flugzeug von der Wassertrappe ins Tal stürzte heute mittag der frühere Fliegeroffizier Frhr. von Hoff aus etwa 150 Meter Höhe bei Stedios infolge Steuerdrucks tödlich ab.

9. August. Der am 18. März aus Erfurt verschwandene und später in Gotha erschossen aufgefundenen Zeitschriftenschriftleiter Wilhelm Schmitt wurde nach Nachforschungen der Erfurter Sicherheitspolizei von bewaffneten Spartakisten nach Gotha geflohen und dort standrechtlich erschossen. Als Täter wurden jetzt laut „Berliner Lokalanzeiger“ ein 20jähriger und ein 24jähriger Arbeiter aus Gotha festgenommen. Der eine gibt auch zu, Reichwehroffizier zu haben.

Bauernrevolte. Eine Berliner Fünfgemeinschaft fährt dieser Tage in der französischen Schweiz Kinonahmen zur Ausgestaltung eines Stückes aus altermanischer Zeit aus. Die Darsteller waren mit Bärenhäuten und anderen vorzeitlichen Ausstattungsgegenständen angezogen. Eines Tages drach auch ein Trupp solcher Bärenhäuter bei einer Uebung aus den Wäldern; die Landbewohner flohen entsetzt über die vermeintlichen Spartakisten von dannen, bis sie über den wahren Sachverhalt aufgeklärt waren.

Können wir billige Eier haben? Die „Aller Zeitung“, der wir die Berichterstattung dafür überlassen müssen, berichtet über diese zeitgemäße Frage wie folgt: „Eier für 54 Pfg. das Stück einfachlich Fracht usw., wären von Italien erhältlich, wenn es die Berliner Reichsstellen zulassen würden. Schon vor einiger Zeit wurden von italienischer Seite zu diesem Preis Millionen von Eiern angeboten. Wie man aus dem Münchener Stadtrat erfährt, kam dort in den letzten Tagen zur Sprache, daß Eier in vielen Millionen an der italienischen Grenze lagern, die heute um 17 Pfennig das Stück zu haben wären. Berlin aber verbietet und der Verbraucher muß 1.90 Mark und mehr bezahlen.“ Falls diese Nachricht der Wirklichkeit entspricht, so ist die sofortige Beilegung dieser Berliner Reichsstelle zu fordern.

Buntes Allerlei.

In Herzogsdorf brannte nachts das Anwesen des Gastwirts Dombreit mit allem Inventar nieder. 30 Sommergäste konnten nur mit Mühe das nackte Leben retten. Der Amtsgehilfe Diepmann wurde durch eine umstürzende Mauer erschlagen.

Die Gemahlin des Prinzen Joachim wollte kürzlich am Grabe ihres verstorbenen Gatten. — Die von Berliner Blätter verbreitete Nachricht, daß Prinz Karl Franz Josef, der Sohn des Prinzen Joachim, nach Doorn (Holland) gebracht werde, ist unrichtig. Der Knabe wird nach Rückkehr des Prinzen Sofar zusammen mit dessen Kindern erzogen.

Neuere Nachrichten.

11. August. Gestern traten in Berlin der soziale und wirtschaftspolitische Ausschub des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zusammen, um den Bericht über den Antrag Bissel betreffend Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge entgegenzunehmen. Bissel wies darauf hin, daß die Wirtschaftskrise gegenwärtig akut geworden sei nicht durch einen Käufersturz oder durch Unternehmerrisikofaktoren, sondern durch die Ueberzeugung der Rohstoffe. Staatssekretär Dr. Hirsch führte aus, daß die Krise eine internationale Erscheinung sei. Es werde eine großzügige Umgruppierung der Arbeitsmittel und Arbeitskräfte vorgeschlagen. In der Frage des Preisabbaues äußerte sich Dr. Hirsch im allgemeinen zustimmend, wendete aber dem Preisabbau durch den Staatsanwalt.

11. August. Havas meldet, daß der Vorsitzende der deutschen Delegation, Köppel, sei nach Berlin zurückgekehrt, wo er seinen Posten im Ministerium des Auswärtigen übernehmen werde. Sein Nachfolger in Paris werde demnächst ernannt werden. Inzwischen

wird Herr v. Wedel, Delegationsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Paris, vorläufig den Vorsitz der deutschen Delegation übernehmen.

11. August. Havas meldet aus Damaskus: General Gouraud hielt am 7. August seinen feierlichen Einzug in Damaskus.

Erklärungen Lord Georges.

London, 11. August. Der Premierminister Lord George betonte in seiner gestrigen Rede im Unterhaus, daß die Sowjetregierung berechtigt sei, in den Friedensbedingungen den Umstand zu berücksichtigen, daß Polen Rußland angegriffen habe und ebenso die Tatsache, daß dieser Angriff entgegen der Warnung der Alliierten erfolgt sei. Die Sowjetregierung sei auch berechtigt, Bürgerkriegen zu verlegen, wie sich eine jede Macht in gleicher Lage gegen die Wiederholung eines solchen Angriffs sichern würde. Aber nichts könne Rußland vorantreiben, Vergeltung und Bestrafung in einem solchen Umfange zu fordern, daß dadurch der nationale Bestand Polens vernichtet wäre. Das Ziel der Alliierten sei, den Frieden auf der Grundlage eines unabhängigen und demokratischen Polens zu sichern. Ein großes angreifendes Sowjetreich mit gemeinsamen Grenzen mit Deutschland würde eine Gefahr für den Frieden Europas bedeuten. Wenn die Konferenz von Winesl erfolglos bliebe, würde der nächste Schritt der Alliierten ein Wirtschaftsdruk auf Sowjetrußland sein, um Polen am Leben zu lassen. Keine Vorrede ständen zur Verfügung der Alliierten und würden Polen zugeführt werden.

Aus den Berliner Morgenblättern.

11. August. Nach Zeitungsmitteilungen aus Danzig dauert die Massenflucht aus Polen fort. Bisher sind über 10 000 Personen aus Polen in Danzig angekommen. Inzwischen wird von den Russen der allgemeine Angriff auf Warschau vorbereitet.

Zu der Meldung, daß seitens der Alliierten möglicherweise auch Deutschland zur Mitwirkung an der Blockade gegen Rußland aufgefordert werden würde, heißt es im „Berliner Tageblatt“: Deutschland hat keine Neutralität erklärt; die Teilnahme an der Blockade wäre ein Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip, der sicherlich nicht begangen wird. Das Blatt meint ferner, bei den verhängnisvollen Leuten drehe sich offenbar die Ansicht Bahn, daß man die wirren Verhältnisse in Osteuropa gar nicht ohne Deutschland ebnen könne. Die „Kreuzzeitung“ meint zu der Frage der Teilnahme Deutschlands an der Blockade: Für derartige Pläne, deren Last zu Lande von der Entente fast allein zu tragen zu fallen würde, ist die Zeit vorbei. Die Blockade zur See ist wirkungslos, da die Handelsbeziehungen ja überhaupt noch gar nicht in Gang gekommen sind.

Mit Vorbehalt nehmen mehrere Morgenblätter von dem neuerdings wieder auftauchenden Gerücht Vermerk, daß der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons während seines Urlaubs in der Schweiz mit Lord George und dem italienischen Minister des Auswärtigen Grafen Sforza zusammenzutreffen werde.

Laut „Berl. Lokalanz.“ berichten polnische Blätter, daß die Polen zu einem Endkampf entschlossen seien. Gleichwohl weist das Blatt darauf hin, daß von polnischer Seite in letzter Zeit auf allen erdenklichen Schiedswegen ver sucht werde, in Deutschland Munition, Waffen und Heeresgut aufzukaufen.

Das „Berl. Tageblatt“ berichtet, daß in den Beziehungen der Alliierten zu Rußland aus Grund neuerer Mitteilungen der Moskauer Regierung durch Vermittlung ihrer Londoner Vertreter eine Entspannung eingetreten sei. Das Verdienst hieran komme vor allem dem Botschafter Lord Georges zu, die Verhandlungen fortzusetzen, um einen neuen Krieg zu verhindern.

11. August. Der „Berl. Lokalanz.“ berichtet aus Dortmund, daß die Bergungarbeiten auf der Jette Kalkertal 2 beendet sind. Bis gestern mittag waren sämtliche Leichen geborgen. Das Grubenunglück hat dreißig Tote und sieben Verletzte gefordert.

Letzte Nachrichten.

11. August. „Daily Chronicle“ schreibt: Die französische und die englische Regierung sind unangenehm berührt, daß die Russen in der letzten Zeit offenbar bestrebt sind Zeit zu gewinnen, um Warschau vor dem Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wegzunehmen zu können. Die Alliierten stimmen den Waffenstillstandsverhandlungen in Winst für den Fall zu, daß sie in einer bestimmten Zeit beendet sind und die Alliierten werden sie nicht zum Nachteil für Polen hinauszuversetzen lassen. Von der Haltung der Russen in Winst wird Vieles abhängen. Besonders mit Rücksicht auf die Bestrebungen Rußlands Sowjetbehörden in den eroberten Gebieten einzusetzen. Aber auch die Haltung der Polen auf der Konferenz ist ein Faktor von beinahe der gleichen Bedeutung.

10. August. (Havas.) Der nationale Verteidigungsrat sagte in seiner heutigen Sitzung äußerst wichtige Maßnahmen zur Verteidigung der Hauptstadt ins Auge. Der Rat bot dem General Wengand den Oberbefehl und die Verantwortung für die Operationen an. Man glaubt, daß Wengand annehmen würde unter der Bedingung, daß u. a. Disziplin zeitweilig gestärkt werde und ebenso die Wenden von Lublin, um die verfügbaren Kräfte mit Rücksicht auf eine spätere große Offensiv konzentrieren zu können. Die politischen leitenden Stellen zögern und scheinen ein derartiges Opfer nicht bringen zu wollen. General Wengand soll die Entscheidung von der Antwort der Sowjets auf die letzte Note Sapiehas abhängig gemacht haben.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler. (17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Warum nicht? Ich weiß, daß Dagmar jetzt einen tiefen Schmerz zu verwunden hat. Du fragst mich, ob sie sich für Baron Korff interessiert. Ich glaube, seine Verlobung mit einer anderen hat sie sehr unglücklich gemacht.

Meinst Du? Ja, ich bin davon überzeugt. Aber ich bitte Dich, sprich nicht mit ihr darüber. Und ich schiebe Dich an, nenne ihr den Namen Herrn Jansens nicht als den eines reichen Freiers. Damit würdest Du nur erreichen, daß sie sich ihm gegenüber sehr kalt und abweisend verhält.

Nachdem ich Frau Ellen ihre Jüngste an, die ihr plötzlich um Jahre älter und reifer erschien.

Aber sag doch selbst, Lotte, wäre Herr Jansen nicht ein Freier, wie ihn sich nur ein junges Mädchen wünschen kann?

Darin bin ich einer Meinung mit Dir, Herr Jansen ist wirklich ein sehr liebenswerter Mensch, und auch ohne seinen Reichtum eine erstrebenswerte Partie, aber nicht für ein Mädchen, das sein Herz an einen anderen verloren hat. Ich bitte Dich, laß die Dinge ruhig gehen, gönne Dagmar vor allen Dingen Zeit und Ruhe. Wahrscheinlich, ich wünschte selbst, sie möge Herrn Jansen ihr Herz zuwenden und erkennen, wie sehr er sie liebt. Denn diese beiden Menschen sind einander wert. Aber einmischen darf man sich da nicht, das könnte alles verderben und Dagmars Vertrauen zu ihm erschüttern. Sie muß Herrn Jansen gegenüber ganz unbefangenen bleiben. Du kannst ruhig und unbefangt Herrn Jansen selbst seine Sache führen lassen.

Er ist aber Dagmar gegenüber so schüchtern und zurückhaltend, und viel Zeit haben wir nicht zu verlieren. Wir können seine Gostfreundschaft doch nicht ewig annehmen.

Lotte seufzte. Nein, das können wir nicht, aber trotzdem, ich bitte Dich, quäle Dagmar nicht, laß ihr Ruhe und nimm sie durch eine Anspielung nicht gegen Herrn Jansen ein. Liebt er sie wirklich so sehr, als wir denken, dann wird er sicher selbst zu dem von ihm gewünschten Ziel gelangen.

Aber wenn sie wüßte, daß er sie liebt, dann könnte sie ihm doch etwas entgegenkommen und die Sache beschleunigen.

Lottes Lippen zuckten. Wie wenig Du doch Dagmar kennst. Sie würde lieber sterben, als einem Manne entgegenkommen zeigen. Selbst wenn sie ihn liebte, würde sie das nicht tun.

Ja, ja, sie ist ein merkwürdiges Geschöpf. Also Du meinst wirklich, ich soll ihr nichts sagen? fragte Frau Ellen nachdenklich.

Ja, Mama, das meine ich. Du hast leider schon zuviel gesagt!

Frau Ellen erhob sich und ging sinnend auf und ab. Dann blieb sie vor ihrer Tochter stehen.

Vielleicht hast Du recht, Lotte.

Ganz sicher habe ich recht, Mama. Und wie es auch kommt, Du darfst von Dagmar kein Opfer mehr für uns verlangen. Sie hat doch schon Opfer genug gebracht. Ihr ganzes Vermögen hat sie Papa gegeben.

Erstünd wandte sich Frau Ellen ab. Sie mußte ja besser, wie Dagmar um ihr Vermögen gekommen war. Aber Dagmar hatte sie beschworen, Lotte und keinem anderen Menschen etwas davon zu sagen, damit der Name Ugel von Schönau nicht noch mit der Schmach beladen würde, daß er unterschlagen und veruntreut hatte, was ihm anvertraut worden war.

Seufzend warf sie sich in einen Sessel. Es war ihr nicht leicht, ihren Groll gegen ihren verstorbenen Gatten zu unterdrücken. Doch sie selbst zum großen Teil an allem, was geschehen, mit schuld war, gestand sie sich nicht ein. Sie suchte alle Schuld bei ihrem Gatten.

Nun gut, sagte sie, ich werde also die Dinge gehen lassen, Lotte. Ich glaube, Du würdest in solchen Dingen vernünftiger sein. Wenn, was Gott verhüten möge, meine Hoffnungen auf Dagmar zerstört werden, dann muß Du uns helfen. Dann bleibt uns nur noch der Ausweg, für Dich eine gute Partie ausfindig zu machen.

Lotte hielt es für klüger, auf diese Worte gar nicht zu antworten, sie ließ die Mutter nun allein und suchte Dagmar auf.

Diese stand draußen auf der Terrasse und sah mit starren Augen vor sich hin.

Lotte umschloß sie zärtlich.

Nimm es nicht so schwer, Dagmar. Mama hat ja immer so unausführbare Ideen.

Dagmar stieß leise und zärtlich über Lottes Haar.

Ah, Kind, Mama hat ja recht, es wäre der einzige Ausweg, Euch vor dem Vergleichen zu schützen. Aber — das kann ich nicht — ich kann es nicht.

Lotte streichelte ihre Hände.

Du sollst ja nicht, Dagmar. Sei doch ruhig. Der liebe Gott wird uns schon helfen; ohne seinen Willen fällt kein Spag vom Dache. Und denke nur, wieviel mehr gelten wir als ein Spag, sagte sie munter.

Meinst Du, Lotte?

Diese nickte.

So, das meine ich. Nimm die Sache nicht schwerer als sie ist. Und Du sollst nicht an Mama und mich denken, sondern nur an Dich — an Dich allein. Und nun komm, wir wollen einen Spaziergang machen durch unseren lieben alten Park, der uns schon nicht mehr gehört, und in dem wir nicht lange mehr spazieren gehen können.

Ich wollte vorhin eigentlich mit Mama besprechen, daß wir uns nach einer Wohnung für Euch umsehen müssen. Das muß doch nun alles geregelt werden.

Barrie trat nach ein paar Tage, Dagmar. Wir können ja schon im Stillen nach einer Wohnung suchen. Aber sage Mama noch nichts davon. Am besten wir stellen sie vor eine vollendete Tatsache.

Damit zog Lotte Dagmar mit sich fort und plauderte und erzählte frisch und munter, um sie auf andere Gedanken zu bringen. Dies war ihrer Ansicht nach das Klügste für die Schwester.

Dagmar empfand es wirklich als eine Wohltat, abgelenkt zu werden von allem, was in ihrer Seele störte und sie unruhig machte. Friedvoll plaudernd, wie in schöneren Zeiten, durchwanderten die Schwestern den Park.

Als alles Geschäftliche über den Verkauf von Schönau geregelt war, erhielt Frau Ellen genau dreiundfünfzigtausend Mark ausbezahlt. Die dreitausend Mark legte sie gleich beiseite für einige „notwendige“ Ausgaben. Die andere Summe übergab sie auf Dagmars dringenden Wunsch dem Bankier Kalkmann, damit er sie in guten, sicheren Papieren anlegte. Sie hätte am liebsten das Geld zu ihrer jeweiligen freien Verfügung zur Hand gehabt. Aber das wollte gerade Dagmar verhindern, da sie den Reichtum ihrer Mutter kannte.

Dagmar hatte sich in dieser Zeit ernsthaft um

